

# Pakistan im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Bärthlein

### Militäroperation in Swat

Da sich die Taliban im Swat-Tal auch nach Abschluss des Abkommens mit der Provinzregierung über die Einführung der Scharia auch weiter über die Grenzen der Region Richtung Islamabad ausdehnten, griff die pakistanische Armee Ende April mit einer groß angelegten Offensive durch. Ziel war es, das Tal, das de facto unter Kontrolle der Taliban stand, von den Militanten zurückzuerobern. Einzelheiten der Militäroperation wurden nicht bekannt, da die Armee selbst pakistanische Journalisten weitestgehend aus Swat verbannte. Vor Luftangriffen der Armee und Straßenkämpfen floh ein Großteil der Bevölkerung in einer gigantischen Flüchtlingswelle aus ihren Wohnorten in Swat. Insgesamt sind in Pakistan derzeit verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen zwei und drei Millionen Menschen auf der Flucht, der größte Teil davon aus Swat. Ein Großteil konnte bei Verwandten oder Gastfamilien unterkommen, während viele andere in Flüchtlingslagern z.B. in Mardan untergebracht wurden, die auch von internationalen Hilfsorganisationen erreicht und versorgt wurden. Die Hilfsorganisationen beklagten allerdings, dass auch auf dringende Ersuchen der Vereinten Nationen nicht ausreichend Mittel von Regierungen für ihre Arbeit zusammengekommen sei. Anfang Juli erklärte die pakistanische Regierung, die Lage in Swat sei weitgehend stabil. Laut Premierminister Gillani konnten die ersten Flüchtlinge (aus den Lagern) ab dem 13. Juli wieder nach Swat zurückkehren. Allerdings werde die Armee bis auf weiteres in Swat präsent bleiben, um deren Sicherheit zu garantieren. Die Armee spricht von mehr als 1 500 getöteten Taliban-Kämpfern im Verlauf der Operation und davon, dass der lokale Taliban-Anführer Maulana Fazlullah schwer verwundet und viele andere Taliban-Führer getötet worden seien. Für diese Behauptung fehlt aber eine unabhängige Bestätigung.

### Waziristan im Fokus

Mittlerweile hat die pakistanische Armee klar gemacht, dass sie im Anschluss an die Swat-Offensive eine Militäroperation gegen die Truppen von Baitullah Mehsud in Südwestwaziristan plant. Baitullah Mehsud ist der Anführer („Amir“) der Taliban-Bewegung in ganz Pakistan und soll 12 000 Kämpfer aus der Region sowie 4 000 ausländische Militante (vor allem Araber und Zentralasiaten) unter seinem Kommando haben. An-

dere Berichte schätzen die Zahl der Kämpfer Mehsuds sogar doppelt so hoch ein. Pakistan und die USA haben Kopfgelder von zusammen über fünf Millionen US-Dollar auf Baitullah Mehsud ausgesetzt. Vorbereitende Operationen scheinen im Juni bereits begonnen zu haben. Die Armee versucht, Nachschublinien der Taliban abzuschneiden. Ein Hauptproblem für die Streitkräfte dürfte aber sein, die Verbündeten Mehsuds in der Region davon abzuhalten, sich mit ihm zu solidarisieren. Das Militär will ihn isolieren und insbesondere verhindern, dass eine Reihe von militanten Gruppen in Nordwestwaziristan in die Kämpfe eingreifen. Diese Taliban-Fraktionen, darunter die wichtige Haqqani-Gruppe, gelten der Armee als „pro-pakistanische“ Taliban, weil sie sich auf den Kampf gegen die US-Truppen in Afghanistan konzentrieren. Die Bemühungen der Militärs erlitten Ende Juni einen schweren Rückschlag, als die Taliban in Nordwestwaziristan das umstrittene Friedensabkommen vom vergangenen Jahr demonstrativ aufkündigten. Parallel hat die Zahl der (nie offiziell bestätigten) US-Drohnen-Angriffe auf Ziele in Südwestwaziristan in den vergangenen Wochen deutlich zugenommen. Die jüngste US-Armeeoperation gegen die Taliban in Helmand (Afghanistan) scheint darüber hinaus mit den pakistanischen Truppen abgestimmt zu sein. In gewohnter Manier hatte die Armee über die vergangenen Monate außerdem versucht, einen lokalen Rivalen Mehsuds, Qari Zainuddin, unter den Taliban aufzubauen, um seine Anhänger zu spalten; aber Qari Zainuddin wurde im Juni von seinem eigenen Leibwächter ermordet. Kritiker stellen die Frage, ob die pakistanische Armee wirklich einen grundsätzlichen Kurswechsel gegenüber den Taliban vorgenommen hat, wenn sie weiterhin selektiv aus taktischen Erwägungen militante Gruppierungen unterstützt. Sie weisen auch darauf hin, dass bisher nicht gegen die in Quetta vermuteten Anführer der afghanischen Taliban durchgegriffen wurde.

### Neue Anschläge in Lahore und Peshawar

Die militanten Gruppen haben inzwischen in Reaktion auf die Armee-Einsätze ihre Taktik fortgesetzt, durch spektakuläre Terroranschläge in den großen pakistanischen Städten die Sicherheitskräfte und die Bevölkerung zu zermürben. Die Serie von Angriffen in Lahore setzte sich am 27. Mai fort, als eine Bombe vor dem Hauptquartier des wichtigsten Geheimdienstes ISI dort detonierte und 35 Menschen getötet wurden. Am 9.

Juni wurde dann ein Bombenanschlag auf das Fünf-Sterne-Hotel *Pearl Continental* (PC) in Peshawar verübt, bei dem 17 Menschen starben und ein Teil des Hotels zum Einsturz gebracht wurde. Ähnlich wie der Anschlag auf das *Marriott* in Islamabad letztes Jahr hat auch diese Attacke insbesondere die in Pakistan verbliebenen Ausländer weiter verunsichert. Im PC waren zur Tatzeit vor allem viele Ausländer untergebracht, die zur Hilfe an den Flüchtlingen aus Swat nach Pakistan gereist waren. Mehrere UNO-Mitarbeiter wurden getötet bzw. verletzt. Während es nahe liegt, die Taliban aus dem Nordwesten für die Anschläge verantwortlich zu machen, glauben die meisten Beobachter, dass sie auch enge Verbindungen zu militanten Gruppierungen im Pandschab pflegen.

### UNO beginnt Bhutto-Untersuchung

Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen hat zum 1. Juli eine sechsmonatige Untersuchung des Mords an der ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto am 27. Dezember 2007 aufgenommen. Chiles UNO-Vertreter Heraldo Munoz leitet ein dreiköpfiges Team, dem außerdem Indonesiens ehemaliger Generalstaatsanwalt Marzuki Darusman und der Ire Peter FitzGerald angehören; letzterer hat bereits die UNO-Kommission geleitet, die den Mord am ehemaligen libanesischen Präsidenten Rafik Hariri untersuchte. Die beiden Fälle sind in Pakistan oft verglichen worden. Die UNO-Untersuchung des Mordfalls Benazir Bhutto war einer der wesentlichen Programmpunkte der neuen pakistanischen Regierung unter Benazirs *Pakistan People's Party* (PPP) gewesen, als diese nach dem Mord im Februar 2008 einen Wahlsieg errungen hatte, den viele auf den Sympathie-Bonus nach dem Attentat zurückführten. Benazirs Ermordung, die die Musharraf-Regierung Taliban-Chef Baitullah Mehsud anlastete, bot Anlass zu allerlei Spekulationen, zumal sie selbst Männern aus Musharrafs Umfeld vorgeworfen hatte, ihr nach dem Leben zu trachten. Viele Medienberichte bezweifelten, dass Benazir von einem Bombenanschlag getötet wurde; vielmehr sei sie erschossen worden, hieß es. Dass ihr Witwer, der heutige Präsident Asif Ali Zardari, eine Obduktion kategorisch verweigerte, hat auch viele argwöhnisch werden lassen. Noch unter Musharraf überprüfte ein Team von Scotland Yard die von der Regierung bereitgestellten Beweismittel und bestätigte dann die offizielle Version. Es gibt verschiedene Erklärungen dafür, warum die PPP-Regierung nun nicht einfach selbst neue Ermittlungen anordnet: Die internationale Aufmerksamkeit würde die Legitimität der PPP und Asif Zardaris weiter stärken; die Ergebnisse der UNO-Ermittler würden als

unparteiisch akzeptiert, was für im Falle eines Ergebnisses, das politische Gegner Bhuttos oder auch Teile des Sicherheitsapparats verantwortlich machen würde, wichtig sein könnte; schließlich erklärte Innenminister Rehman Malik auch, man vermute internationale Verwicklungen der Attentäter und lege deswegen Wert auf eine internationale Untersuchung. So wie schon Scotland Yard, werden aber auch die UNO-Vertreter nicht uneingeschränkt Zugang zu allen Dokumenten und Verdächtigen haben; sie müssen jeweils vorher die Genehmigung der pakistanischen Behörden einholen.

### Erster EU-Pakistan-Gipfel

Die Europäische Union hat mit dem ersten EU-Pakistan Gipfel, der im Juni in Brüssel stattfand, ihr gestiegenes Interesse an der Lage in Pakistan demonstriert. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus als Vertreter der rotierenden EU-Präsidentschaft, der Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und der außenpolitische Vertreter Javier Solana trafen sich mit Pakistans Präsident Asif Zardari. In der anschließenden Pressekonferenz zeigten sich die Europäer beeindruckt von der Entschlossenheit Zardaris im Kampf gegen militante Extremisten; Präsident Klaus sprach von „sichtbaren Veränderungen“ im Vergleich zu früheren Jahren. Die EU versprach weitere Hilfe für die Flüchtlinge aus Swat, und auch über Importerleichterungen für pakistanische Produkte wurde gesprochen; Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, wie es Pakistan gerne hätte, werden jedoch vorerst noch nicht aufgenommen. Bisher zeichnet sich auch noch keine klare Linie einer eigenständigen europäischen Pakistan-Politik ab, die sich etwa von der auf das militärische Element fokussierten US-Politik in der Region abhöbe. Die Europäische Union hält jährliche Gipfel mit verschiedenen Partnerländern in Asien ab, in der Regel abwechselnd in Europa und Asien – so zum Beispiel mit Indien und China. Es ist bislang unklar, ob der Gipfel mit Pakistan eine einmalige Angelegenheit war oder ob damit eine ähnliche Serie begründet werden soll.